

Reiner Steinweg
**Zwei Jahrzehnte Friedensstadt Linz
Anläufe zu ihrer Verwirklichung**

Linz, die an der Donau gelegene bedeutendste Industriestadt Österreichs, die sich im Jahre 2009 als Kulturhauptstadt Europas anschickt, nun auch zu einer wichtigen Kulturstätte des Landes mit überregionaler Bedeutung zu werden, hat knapp 190.000 EinwohnerInnen. Den Bürgermeister stellt seit dem Ende des zweiten Weltkriegs kontinuierlich die SPÖ. Noch in den 1980er Jahren war ihr mit Abstand größtes Problem die Luftverschmutzung durch die VOEST, die „Vereinigten österreichischen Eisen- und Stahlwerke“, die bis 1988 in staatlicher Hand waren. Dieses Problem wurde mit großem Elan und beachtlichem Erfolg angegangen. Umso bemerkenswerter ist, dass gleichzeitig auch die Krieg-Friedenproblematik hohe Aufmerksamkeit fand. Sie schlug sich u. a. in der Erklärung der Stadt zur „Friedensstadt“ nieder.

Im Folgenden wird über den Gründungsakt, seine Vorgeschichte und Motive, die zur Verwirklichung dieses Beschlusses geschaffenen Strukturen und die daraus, aber nicht nur daraus resultierenden Aktivitäten berichtet. Letzteres geschieht in zwei Teilen – dazwischen lag eine Krise.

Erklärung zur Friedensstadt und damit einhergehende Maßnahmen

Am 23. Oktober 1986 wurde die Stadt Linz vom damaligen Bürgermeister *Hugo Schanovsky*, SPÖ, im Gemeinderat zur „Friedensstadt“ erklärt. In der drei Manuskriptseiten umfassenden Begründung heißt es unter anderem:

„[...] Die in den Arsenalen der Atommächte gelagerten Massenvernichtungswaffen würden ausreichen, um die gesamte Menschheit viele Male zu vernichten. Der Einsatz nur eines Teiles dieser Atomwaffen würde die größte Katastrophe in der Geschichte der Menschheit herbeiführen. [...] Zwei Drittel der Menschheit sind unzureichend ernährt. [...] Demgegenüber werden weltweit fast 2.000 Milliarden US-Dollar pro Jahr für Rüstung ausgegeben. [...] Nur ein Bruchteil dieser Mittel würde ausreichen, um den Hunger weltweit zu beseitigen [...] Das von der UNO, anlässlich des 40. Jahrestages ihres Bestehens zum Jahr des Friedens ausgerufenen Jahr 1986, gibt dem Gemeinderat der Stadt Linz den Anstoß, Friedensarbeit und Friedensengagement als Bestandteil unserer Kommunalpolitik wahrzunehmen und für die Zukunft zu erklären. [...] Der Gemeinderat der Stadt Linz erkennt die moralische und politische Verpflichtung, die Friedenssehnsucht und das Friedensengagement der Menschen dieser Stadt aufzugreifen und verstärkt zu einem Grundprinzip künftigen kommunalpolitischen Handelns zu machen. [...] Im Rahmen der städtischen Einrichtungen sollen Friedensinitiativen, Friedensgruppen und das Friedensengagement der Menschen unterstützt und die Zusammenarbeit aller Friedenskräfte in Linz gefördert werden. [...]“¹

Vorangegangen war in der ersten Hälfte der 80er Jahre eine kräftige Entwicklung der Friedensbewegung in der Stadt, die im Kontext der europaweiten Proteste gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Deutschland stand. Der (erste) „Linzter Appell“, der sich gegen das Weiterdrehen an der Rüstungsspirale wandte, erfuhr mit rund 130.000 Unterschriften viel Zustimmung in Österreich. Auch fanden eine Reihe von Aktionen statt, die die LinzerInnen bewegten, z.B. eine Demonstration gegen die Lieferung von Panzern an das chilenische Militärregime. Zu dem Zeitpunkt allerdings, als Hugo Schanovsky die Stadt zur Friedensstadt erklärte, war die Linzer Friedensbewe-

gung bereits wieder etwas abgeklungen, nicht zuletzt aufgrund unbearbeiteter interner Konflikte. Die Absicht, die Zusammenarbeit *aller* Friedenskräfte fördern zu wollen, kam also zum richtigen Zeitpunkt.

Zu den *Motiven* für diese Entscheidung wie für das vorangehende Friedensengagement in der Stadt gehörte die Tatsache, dass die 1938 nach dem „Anschluss“ Österreichs mit hohem Tempo errichteten „Hermann Göring-Werke“ – aus denen nach dem Krieg die VOEST hervorging – eine der größten Waffenschmieden des Dritten Reiches waren; 7.375 Häftlinge² aus dem nur 15 Kilometer entfernt liegenden, besonders gefürchteten KZ Mauthausen mit seinen über 40 Nebenlagern und überdies eine große Zahl von ZwangsarbeiterInnen wurden hier eingesetzt. Mindestens 700 von ihnen kamen dabei zu Tode.³ Das damals noch kleine Linz wurde wegen seiner Bedeutung für

¹ Enthalten in: *Dossier: Dokumente aus der Friedensarbeit der Stadt Linz*, zugänglich in der Friedensbibliothek im „Wissensturm“ (Stadtbibliothek und Volkshochschule) der Stadt Linz sowie im Stadtarchiv. Auch die im Folgenden referierten Fakten stützen sich im Wesentlichen auf diese 2006 erstellte Dokumentensammlung. Altbürgermeister Schanovsky stellte bei der Eröffnung des Symposions „20 Jahre Friedensstadt Linz“ (siehe dazu S. 17 und 111) im November 2006 klar, dass es sich trotz des Wortlauts dieser Begründung damals noch nicht um einen formellen Gemeinderatsbeschluss gehandelt habe, sondern auf Empfehlung seiner Berater um eine „Bürgermeister-Willensbekundung“ im Gemeinderat. Ein entsprechender Gemeinderatsbeschluss wurde erst 21 Jahre später gefasst, siehe im vorliegenden Band den Beitrag von Gerda Forstner.

² errechnet nach den Angaben in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Band IV: *Flossenbrück, Mauthausen, Ravensbrück*, München: C.H. Beck 2006, 393 und 398. Die Häftlinge wurden nicht nur vom SS-Personal, sondern auch und besonders von den zivilen Mitarbeitern der Hermann Göring-Werke misshandelt, um noch mehr Arbeitsleistung aus ihnen herauszupressen.

³ Ebenda S. 399. Die Zahl 700 bezieht sich ausschließlich auf die in den Nebenlagern Linz I und Linz III für den Einsatz in der Rüstungsproduktion stationierten und dort gestorbenen Häftlinge. Sie schließt auch die 120 Häftlinge ein, die beim Luftangriff im Juli 1944 umgekommen sind (ebenda S. 393). Die aus Krankheitsgründen oder Schwäche nicht mehr arbeitsfähigen Häftlinge wurden nach Mauthausen zurückgebracht, wo viele von ihnen starben oder ermordet wurden. Darüber gibt es keine Zahlen.

die Kampfkraft der Wehrmacht seit Juli 1944 über 20 mal bombardiert und vor allem im Februar und März 1945 stark zerstört (wobei jedoch der schöne Hauptplatz, einer der größten umbauten Plätze Österreichs, verschont blieb). Auch die Tatsache, dass Adolf Hitler in seinen Reden Linz als seine Heimatstadt bezeichnete und sich die Stadt als Alterswohnsitz erkoren hatte (ihre Gestaltung beschäftigte ihn noch bis in die letzten Kriegstage), spielte eine Rolle. Und nicht zuletzt war die Fronterfahrung des Bürgermeisters und seiner Generation und die daraus erwachsene tiefe Friedenssehnsucht maßgeblich dafür, Linz zur Friedensstadt zu erklären.

Wie aber sollte die „Bürgermeister-Willensbekundung“ umgesetzt werden? Hugo Schanovsky traf vier Entscheidungen:

1. machte er die Friedensagenden zur Chefsache,
2. berief er ein „Kuratorium in der Stellung eines Beirates für die Beratung von Aktivitäten der Stadt Linz auf dem Gebiet der Friedensarbeit“, kurz „Friedenskuratorium“ genannt;
3. erhielt das Kulturredamt (heute Büro LinzKultur) einen zusätzlichen jährlichen Etat von zunächst umgerechnet rund 7.000 € für die Unterstützung von Friedensaktivitäten, wobei die Friedensagenden direkt dem Bürgermeister unterstellt waren und nicht dem jeweiligen Kulturreferenten;
4. wurde 1987 ein Vertrag mit dem wenige Jahre zuvor gegründeten „Österreichischen Institut für Friedensforschung und Friedenserziehung“ (ÖIFF, später „Österreichisches

Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung“/ÖSFK) in Stadtschlaining/Burgenland geschlossen. Es wurde vereinbart, in Linz eine Außenstelle des ÖIFF zu errichten („Friedensforschung Linz“). Die Stadt Linz stellte dafür in einem ihrer Bürgerhäuser kostenlos einen Büroraum zur Verfügung und finanzierte eine Halbtags-Sekretärin. Außerdem trat die Stadt dem Trägerverein des ÖIFF als zahlendes Mitglied bei.

In das stets vom Bürgermeister persönlich geleitete Friedenskuratorium wurden zunächst drei GemeinderätInnen der SPÖ, zwei der Österreichischen Volkspartei/ ÖVP und je eine/r der Grünen, der Freiheitlichen Partei Österreichs/FPÖ und der KPÖ berufen; ferner drei Mitglieder der oberösterreichischen Friedensbewegung, die Linzer Geschäftsführerin des „Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik“, je ein Vertreter des ÖGB, der Katholischen und der Evangelischen Kirche und schließlich ex officio der Kulturverwaltungsdirektor, der zuständige Abteilungsleiter des Kulturamts sowie als Vertreter der Friedensforschung der Verfasser.⁴ Der vom Gemeinderat mehrheitlich beschlossene Vertrag mit dem ÖIFF sah nämlich vor, dass ich, bis Anfang 1988 noch Mitarbeiter der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ in Frankfurt/Main, aber aus privaten Gründen seit 1986 in

⁴ Später hatte das Gremium dann 22 Mitglieder.

Friedensförderung und Veranstaltungen bis 1996

Das Friedenskuratorium und seine Friedenserklärungen

Das Friedenskuratorium tagte ein bis zweimal jährlich. Bürgermeister *Franz Dobusch*, der 1988 die Nachfolge von Hugo Schanovsky antrat, behielt diese Einrichtung bis 1996 bei und engagierte sich im Rahmen seiner Möglichkeiten, um die von seinem Vorgänger geschaffenen Strukturen mit Leben zu erfüllen. Das Kuratorium war zunächst ein Ort der Diskussion über aktuelle Friedensprobleme – intra und extra muros. Es stellte sich jedoch schon im zweiten Jahr seines Bestehens die Aufgabe, jeweils gegen Jahresende in Form einer „Friedenserklärung“ zu den aktuellen Entwicklungen der zurückliegenden zwölf Monate Stellung zu nehmen. Diese sollte, wie es in der ersten Erklärung dieser Art von 1988 heißt, „die eingegangene Verpflichtung immer wieder erneuern und zugleich die aktuellen friedenspolitischen Sorgen der Menschen in unserer Stadt zum Ausdruck bringen, aber auch positive Entwicklungen zeigen.“⁵ Ich legte dafür jeweils einen Entwurf von 2-3 Seiten vor, der von den Kuratoriumsmitgliedern sorgfältig diskutiert und solange verändert wurde, bis er für alle Anwesenden akzeptabel war. Der Bürgermeister verlas das Ergebnis im Gemeinderat, wo es akklamiert (nicht abgestimmt) und an die damals 9 (heute 15) Partnerstädte⁶ und die 16 (heute 4) „Freundschaftsstädte“⁷ verschickt wurde. Da eine meiner Tätigkeiten bis 1995 die Vorbereitung und Redaktion des jährlichen „Friedensberichts“ des ÖIFF war (der zeitweise gemeinsam mit der „Schweizerischen Friedensstiftung“ und der deutschen „Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung“/AFK herausgegeben wurde), hatte ich die Möglichkeit, die Friedenserklärungen der Stadt Linz von 1989 bis 1995 jeweils im Anhang dieser Bände zu dokumentieren.⁸ (Der

⁵ Diese Friedenserklärung wurde zwar wie alle späteren den Partner- und Freundschaftsstädten übermittelt, aber sonst nicht veröffentlicht. Sie ist zugänglich in dem in Fn. 1 genannten Dossier.

⁶ Heute: Berlin-Charlottenburg, Budweis/Tschechien, Chengdu/China, Gabès/Tunesien, Halle an der Saale, Kansas City, Kwangong/Südkorea, Linkoping/Schweden, Linz am Rhein, Modena, Norkoping/Schweden, San Carlos/Nicaragua, Saporoshje/Ukraine, Tampere/Finnland.

⁷ Heute: Dunaújváros/Ungarn, Lom/Bulgarien, Passau und Ulm. Bei den Freundschaftsstädten gibt es immer wieder einmal Veränderungen, Partnerschaften werden auf Dauer

⁸ eingegangen. Friedensberichte 1990, 276-80 (Dialog. Beiträge zur Friedensforschung [wechselnde Herausgeber und Verlage] Nr. 18); 1991, 301-05 (Dialog 20); 1992, 346-50 (Dialog 21); 1993, 215-21 (Dialog 24); 1994, 325-27 (Dialog 26); 1995, 339-42 (Dialog 28); alle, auch die späteren Linzer Friedenserklärungen sind in dem in Fn. 1 erwähnten Dossier enthalten.

Anstoß dazu kam vom damaligen Kulturstadtrat *Reinhard Dyk*, ÖVP, ein stets anwesendes und anregendes Mitglied des Friedenskuratoriums.) Dadurch fanden sie über den unmittelbaren Adressatenkreis hinaus eine gewisse Öffentlichkeit⁹, die leider in den Linzer Printmedien nicht erzielt wurde.

Die Friedenserklärungen der ersten zehn Jahre hatten nicht nur wechselnde Inhalte, sondern variierten im Aufbau von Jahr zu Jahr. Sie wiesen jedoch immer neben einer knappen, Sorge und Hoffnung ausdrückenden Bilanzierung der weltweiten Entwicklung von Krieg und Frieden im ausklingenden Jahr auch kleine Vorschläge für eine Verbesserung der Lage auf. So wurde z.B. in der zweiten Friedenserklärung aus dem Jahr 1989 angeregt, mit Blick auf die Angriffskriege des Dritten Reiches den „Fahneid“ der Soldaten aller Länder strikt an die unmittelbare Verteidigung des eigenen Territoriums zu binden. Damit wurde den damals viel diskutierten, in der ersten Friedenserklärung von 1988 ausdrücklich aufgenommenen Vorschlägen zur Entwicklung einer zum Angriff strukturell unfähigen Bewaffnung („defensive defense“) eine *subjektive* Komponente hinzugefügt. Im Jahr 1990 wurde angesichts des bevorstehenden (zweiten) Golfkriegs nahe gelegt, die beiden Supermächte an dem gleichen Maßstab zu messen, der von diesen im Fall der Annexion Kuwaits durch den Irak angelegt wurde, usw.

Ideen und Vorschläge dieser Art richteten sich jedoch nicht nur nach außen. In der Friedenserklärung 1992, die erstmals auch dem „Frieden in unserer Stadt“ einen größeren Abschnitt widmete, wurde die Verleihung eines Preises für vorbildliche integrative Jugendarbeit jeweils um den 9. November vorgeschlagen (dazu unten S. 104) und angekündigt, dass die Stadt Linzer Firmen, falls sie sich am Rüstungsexport in die Dritte Welt beteiligen sollten, „jegliche Unterstützung entziehen“ werde. Dieser Bemerkung ging eine Visitation des Friedenskuratoriums, angeführt von Bürgermeister Dobusch, in einer kleinen Linzer Waffenschmiede voraus. Der Eigentümer konnte glaubhaft machen, dass er nur nach Westeuropa exportiere. (Jahre später konnte eine Gemeinderätin, ehemals Mitglied im Friedenskuratorium, bei einer kritischen Anfrage an die Subventionspolitik der Stadt an diesen Vorgang anknüpfen.¹⁰)

⁹ So wird die Linzer Friedenserklärung 1992 in dem umfangreichen Band „Frieden vor Ort“ als Beispiel für eine spezifische Akzentsetzung kommunaler Friedensarbeit zitiert: Johannes Esser/Dieter von Kietzell/Barbara Ketelhut, Frieden vor Ort. Alltagsfriedensforschung – Subjektentwicklung – Partizipationspraxis, Münster: Agenda-Verlag 1996, 100 f. Linz wird dabei als eines von drei Beispielen kommunaler Friedensarbeit vorgestellt, neben der „Region um Minden“ und der Stadt Schwerte.

¹⁰ Bericht in der „Kronen Zeitung“, dem führenden Boulevardblatt Österreichs, am 25.03.1999 über die Anfrage von Gemeinderätin Gerda Lengler.

Friedenstag, Begegnungstage

Schon vor 1986 fanden Friedenswochen in Linz statt. Diese Tradition wurde mit freundlicher Unterstützung des Kulturdirektors Siegbert Janko und unter Federführung des zuständigen Abteilungsleiters (anfangs *Harald Wildfellner*, dann *Christian Denkmaier*, seit 2003 *Gerda Forstner*) in zwei getrennten Veranstaltungsreihen fortgesetzt: die „Linzer Begegnungstage“ und die „Friedenstag“ (bisweilen auch nur *ein* „Friedenstag“).

Bei den *Begegnungstagen* gab es eine breite Palette von Angeboten: volkskulturelle Begegnungen mit Musik- und Tanzgruppen sowie Kulinarisches aus vielen Ländern der Erde; Podiumsdiskussionen mit prominenten PolitikerInnen und Fachleuten; gelegentlich auch Festgottesdienste mit dem Linzer Diözesanbischof Maximilian Aichern; Vorträge und Diskussionen zu spezifischen Problemkreisen (z.B. Schule, AusländerInnen-Beschäftigung, Aufenthalts- und Wahlrechte, demokratische Defizite der Einwanderungspolitik); Foto- und andere Ausstellungen (z. B. zu Menschenrechtsverletzungen in einzelnen Ländern oder zur Abschiebehaf[t] [in Österreich Schubhaft genannt]); Sport- und Schachturniere zwischen Personen unterschiedlichster Herkunft; Kindertheater und Kinderspiele aus verschiedenen Ländern; Straßentheater und Theaterworkshops oder einzelne Tage zu bestimmten Weltregionen und Ländern (z.B. „Afrikanischer Tag“, „Kurdischer Tag“, „Bosnischer Tag“); ferner Konzerte und Lesungen mit musikalischen und literarischen Werken aus fremden, aber in Linz vertretenen Kulturen.

Die *Friedenstage* fanden meistens im Herbst, gelegentlich auch im Mai statt. Die Erklärung zur Friedensstadt wurde z.B. zur Eröffnung der Linzer Friedenswoche 1986 verlesen und beschlossen. Im Jahr 1987 wurde während der Friedenstage eine „Aktion Friedensnetz“ durchgeführt, die in der Schmückung des Neuen Rathauses mit Stofftransparenten zum Thema Frieden gipfelte, die von Linzer Schülerinnen und Schülern gestaltet worden waren.

Ein Höhepunkt war das Programm im Kontext der Feiern zu „500 Jahre Landeshauptstadt Linz“: Für die „Linzer Friedens- und Menschenrechtstage“ wurde vom 4. – 10. Dezember 1990 im Zentrum der Stadt, auf der Seilerstätte, die aus Anlass dieses Jubiläums in „Friedensplatz“ umbenannt wurde, über dem neu errichteten Menschenrechtsbrunnen, der alle Artikel der Menschenrechtserklärung von 1948 abbildet, ein großes Versammlungszelt errichtet. 33 Linzer Vereine, Gruppen und Einrichtungen beteiligten sich unter meiner Leitung an der Programmentwicklung und -gestaltung. Das Land OÖ, die „Arbeiterkammer Oberösterreich“ (in Österreich eine gesetzliche Einrichtung), das „Kinderkulturzentrum „Kuddelmuddel Ich und Du“, die „Linzer Veranstaltungs-GmbH“ und die „Creditanstalt“ sowie die am Friedensplatz ansässigen „Marienschwestern vom Karmel“ stellten zusätzlich zur Stadt Mittel für die Verwirklichung des Programms zur Verfügung.

Im Zelt und im nahe gelegenen Kinderkulturzentrum „Kuddelmuddel-Ich und Du“ wurden mehrere Kleinausstellungen gezeigt: thematisch relevante Exponate von oberösterreichischen Künstlern (*Franz Fuchs, Reinhold Rebhandl, Richard Wall*), zur Friedenspädagogik, zur Situation der Frauen in Österreich, zu den Kinderrechten, zur Flüchtlingsproblematik, zur Ausbeutung der Dritten Welt, zum Krieg in El Salvador, zur Ausrottung der Urwaldnomaden durch die Zerstörung der Regenwälder; ferner Exponate aus einem kleinen privaten oberösterreichischen Friedensmuseum. Insgesamt fanden 30 Veranstaltungen statt, die besonderen Angebote für Schulklassen nicht gerechnet: Unter anderem ein „Bürokratischer Irrgarten“, in dem die BesucherInnen für eine Stunde die Identität eines Flüchtlings annehmen und am eigenen Leib erfahren konnten, was die Beantragung von Asyl, Wohnungssuche etc. in einem fremden Land bedeuten¹¹; eine Diskussion mit einer Aktivistin der „Gruppe Schweiz ohne Armee“; Vorträge zur Gentechnik und über „Gewalt gegen Lesben“; eine Autorenlesung mit fünf oberösterreichischen AutorInnen (*Heimrad Bäcker, Waltraud Anna Mitgutsch, Walter Pilar, Franz Rieger, Richard Wall*); ein ökumenischer Gottesdienst mit einem Pfarrer aus Zimbabwe; ein Kirchenkonzert zur Friedensthematik in der zentral gelegenen Ur-

sulinenkirche; ein „grenzüberschreitendes Tanzfest“ (mit Live Musik der Gruppe „10 Saiten, 1 Bogen“ und Jazz aus Tschechien) sowie ein Kinderspielfest im Zelt. Beindruckt zeigten sich die BesucherInnen übereinstimmend vom Behindertentheater Wien, das mit 10 RollstuhlfahrerInnen das philosophische Märchen „Egon, der grüne Bär“ zur Darstellung brachte. Sehr angetan waren auch die 23 TeilnehmerInnen einer zweitägigen „Tschechoslowakisch-Österreichischen Begegnung“, eine Reaktion auf die kurz zuvor erfolgte Grenzöffnung. Dazu kamen eine Reihe von Videofilmen und Diavorführungen.

Die Veranstaltungen mündeten in der Eröffnung des Menschenrechtsbrunnens am 10. Dezember 1990, dem internationalen Tag der Menschenrechte, durch Bürgermeister *Franz Dobusch*, Bischof *Maximilian Aichern* und Pfarrer *Friedrich Rößler* in Anwesenheit des UN-Menschenrechtssekretärs Dr. *Liviú Bota*.

Die Veranstaltungen der Friedens- und Menschenrechtstage 1990 wurden von insgesamt über 1.100 Erwachsenen und 600 SchülerInnen besucht; der Brunneneröffnung wohnten weitere 300 LinzerInnen bei. Diese Friedens- und Menschenrechtstage wurden dreimal regional und zweimal österreichweit im Fernsehen präsentiert (unter anderem mit dem „Bürokratischen Irrgarten“), ferner viermal regional und einmal österreichweit im Hörfunk (unter anderem zur Flüchtlingsfrage und zur Frage des Umgangs mit Kriegsspielzeug). Den

¹¹ Alle fiktiven Dienststellen waren mit Personen besetzt, die im Wesentlichen nur eine fremde, ungewohnte Sprache sprechen konnten und nach unbekanntem, schwer durchschaubarem Regeln entschieden. Die Idee wurde von Dietmar Brunnbauer / amnesty international eingebracht und tatkräftig umgesetzt. Dietmar Brunnbauer, seit 1999 Mitglied der Friedensinitiative der Stadt Linz, starb leider schon im Jahre 2002.

„Bürokratischen Irrgarten“ durchliefen 200 SchülerInnen; 6 Klassen nahmen an Ausstellungsführungen durch Fachleute teil; 6 weitere probierten, wie man „Frieden spielen“ kann, und 11 Klassen, worauf es beim konstruktiven Streiten ankommt. 20 weitere Schulklassen mussten auf einen Termin außerhalb der Friedens- und Menschenrechtstage vertröstet werden.

Die TschechoSlowakisch-Österreichische Begegnung wurde in den beiden folgenden Jahren im Rahmen der Friedenstage fortgesetzt, größtenteils mit den gleichen Personen, aber nun auch unter Beteiligung von in Linz lebenden alten und jungen Sudetendeutschen. Dabei ging es vor allem um die Aufarbeitung der Vergangenheit – des nationalsozialistischen Terrors in Tschechien und der Vertreibung der Sudetendeutschen am Ende des Krieges.¹² Aus diesen Begegnungen und darauf folgenden informellen Treffen in Budweis haben sich einige dauerhafte grenzüberschreitende Freundschaften entwickelt.

In den folgenden Jahren gab es im Rahmen der Friedenstage unter anderem folgende Angebote: Krieg und Film, Rechtsextreme unter uns – was tun? Texte gegen Krieg und Gewalt, Diskussionen und Informationsveranstaltungen zu den Balkankriegen und der (Vorkriegs-)Situation im Kosovo. In der Regel wurde nun versucht, in den Mittelpunkt dieser Angebote als Publikumsmagnet eine besonders prominente Persönlichkeit zu stellen. So fand 1992 ein sehr gut besuchtes Konzert „*Theodorakis singt Theodorakis*“ statt, und 1994 las *Ernesto Cardenal* aus Nicaragua, musikalisch begleitet von der *Grupo Sal*, politische Lyrik und Liebesgedichte. (Diese Einladung stand auch im Kontext der besonders aktiv gepflegten Städtepartnerschaft mit San Carlos.) Die größte Resonanz in den Printmedien aber hatten zweifellos die Linzer Friedenstage 1995 mit

einem Vortrag und Workshop von *Augusto Boal*, dem Begründer des „Theaters der Unterdrückten“. Dieses Angebot stand unter dem Motto „Theater statt Gewalt!“

Weitere Aktivitäten der Friedensstadt Linz auch außerhalb der Friedenstage waren unter anderem: eine zentrale Vortragsveranstaltung über Friedenserziehung für alle Hort-MitarbeiterInnen der Stadt Linz im großen Saal des neuen Rathauses, ein Wettbewerb für jugendliche SängerInnen um den besten „Friedenssong“ (aus dem eine CD „Stimmen für den Frieden“ hervorging, mit Solistinnen und Solisten sowie 20 Linzer Gruppen, darunter der Chor einer Hauptschule), die Umbenennung von Straßennamen, um damit Personen des Widerstandes gegen Nationalsozialismus und Krieg zu ehren und nicht zuletzt die vom Friedenskuratorium aufgegriffene Anregung von Pax Christi an das Land Oberösterreich, zum Gedenken an *Franz Jägerstätter* im Ursulinenhof, wo er vor seiner Überstellung zur Hinrichtung nach Berlin von der Gestapo verhört worden ist, eine Tafel anzubringen (1995). Die Ansprache

¹²Vgl. Reiner Steinweg, *Erinnerung und Gegenwart. Eine TschechoSlowakisch-Österreichische Begegnung*, Linz: Selbstverlag Friedensforschung Linz 1992, 26 S. DIN A 4, zugänglich über die Linzer Friedensbibliothek (siehe Fn. 1).

zur Errichtung der Tafel hielt im Beisein von *Franziska Jägerstätter*, der Witwe von Franz Jägerstätter, Bürgermeister *Franz Dobusch*.¹³

1989 wurde von Lehrkräften Linzer Volks- und Hauptschulen¹⁴ eine sogenannte *Friedensmappe*, eine umfangreiche Loseblatt-Sammlung mit unterrichtsgerechten Materialien und Texten erstellt und – nach Prüfung im Friedenskuratorium – vom Kulturredirektorat herausgegeben. Sie ist gegliedert in einen Volksschulenteil mit 124 und einen Hauptschulenteil mit 141 DIN-A4-Blättern. In beiden Teilen geht es – nach einer Einführung und Thesen zur „Friedenserziehung“ – vor allem um Soziales Lernen, mit vielen anregenden Geschichten, Gedichten und Arbeitsblättern sowie Anregungen für Interaktionsspiele und themenbezogenes Darstellendes Spiel. Der Hauptschulenteil enthält darüber hinaus Friedensgedichte, -lieder und -gespräche, einen Abschnitt über „Krieg in Linz“ von der Römerzeit bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, ferner „Friedensgeschichten“ sowie Ideen zu einem Nicaragua-Solidaritätsprojekt. Viele Materialien aus dieser Mappe können auch heute noch gut eingesetzt werden. Sie ist zu Unrecht in Vergessenheit geraten.

Zu erwähnen ist ferner, dass die Stadt die aus der Friedensbewegung hervorgegangene „Friedenswerkstatt“ (heute „Werkstatt für Frieden & Solidarität“) sowie die „Österreichischen Friedensdienste“ und viele Einzelaktivitäten mit einem thematischen Friedensbezug finanziell unterstützte.

Die Kosovodelegation aus der Stadt Linz

Im Herbst 1992 war für die TeilnehmerInnen der „StoP-Konferenz“¹⁵ in Stadtschlaining klar: Es wird einen Krieg auch um den Kosovo geben, wenn die Linie des *gewaltfreien* Widerstands der albanischen Bevölkerung gegen die serbische Repression keine deutliche internationale Unterstützung findet. Diese Einschätzung trug ich dem Friedenskuratorium vor, das daraufhin beschloss, im Sinne einer Fact-Finding Mission mit Multiplikatorabsicht eine Delegation aus der Friedensstadt Linz in das Nachbarland, nach Belgrad und Priština zu entsenden. An ihr nahmen zehn Personen teil:¹⁶ zwei GemeinderätInnen

¹³Im Jahr 2007 wurde Franz Jägerstätter von der katholischen Kirche selig gesprochen, und diese Entscheidung wurde mit einem großen Festgottesdienst im Linzer neuen Dom, an dem zahlreiche Honoratioren aus Stadt und Land teilnahmen, an Allerheiligen begangen.

¹⁴Peter Bersenkovitsch, Rosemarie Geier, Brigitte Jabornegg, Herta Janko, Josef Kollingbaum, Leopoldine Richtsteiger, Brigitte Schwarzlmüller-Binder, Christine Zeintlhofer, Andrea Wittmann. Die Koordination lag bei Guido Rüthemann.

¹⁵Die Beiträge zu den erwähnten „Friedensberichten“ wurden regelmäßig vor der Veröffentlichung bei einer vom Vf. in Absprache mit einem Mitarbeiter des ÖIFF von Linz aus vorbereiteten Autorenkonferenz kritisch diskutiert, die auf Vorschlag von Ekkehart Krippendorff „State of Peace“ (StoP)-Konferenz genannt wurde und meistens in Stadtschlaining, einige Male auch in der Schweiz, stattfand.

¹⁶Maria Dorfner, Erhard Gstöttner, Martin Kranzl-Greinecker, Franz Luger, Wolfgang Prammer, Markus Pühringer, Josef Stadler, Anton Steinmetz, Otto Stoik, Peter Witz.

(SPÖ und Grüne), ferner zwei Mitglieder des Friedenskuratoriums, ein Gewerkschafter mit serbokroatischem Hintergrund, ein Dozent der Pädagogischen Akademie der Diözese Linz und ein – proserbisch eingestellter – Unternehmer mit Kosovoerfahrung, außerdem je ein Journalist der *Oberösterreichischen Nachrichten* und der *Kirchenzeitung* der Diözese Linz sowie ein Tonbildschau-Produzent. Ein Vertreter der ÖVP-Fraktion nahm an der Vorbereitung teil, war dann aber gesundheitlich verhindert. Für die inhaltliche Vorbereitung, soweit sie die politischen Besonderheiten des Balkans betraf, wurde die langjährige Balkankorrespondentin *Christine v. Kohl* gewonnen; die organisatorische und friedensbezogene Vor- und Nachbereitung wurde von „Friedensforschung Linz“ übernommen. Die Reise fand vom 28. September bis 2. Oktober 1993 statt und wurde von der Stadt Linz finanziert.

Unmittelbar nach der Rückkehr bat ich die TeilnehmerInnen, ausführlich über den Verlauf der Reise, die dabei aufgetretenen Kontroversen und ihre Eindrücke zu berichten. Ich nahm dieses Gespräch auf Tonband auf und transkribierte es. Die anschließende Überarbeitung erfolgte in Abstimmung mit den Beteiligten. Dabei wurden die Bedingungen für den Unterricht an den albanischsprachigen (Untergrund-)Schulen in albanischer Perspektive dargestellt, aber auch die serbische Sicht der Schulsituation thematisiert, ferner die Mängel im Gesundheitswesen, die Lage der albanischen ArbeiterInnen und der Gewerkschaften, die Versorgungslage, das Verhältnis von Katholischer und Serbisch-Orthodoxer Kirche, die Menschenrechtssituation im Kosovo und die politischen Handlungsmöglichkeiten für Österreich.¹⁷ Bürgermeister Dobusch schrieb auf Anregung der TeilnehmerInnen und mit Zustimmung des Friedenskuratoriums einen Brief an Außenminister Alois Mock, in dem es u.a. hieß:¹⁸

„Die Delegation ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Menschen- und Minderheitenrechte der albanischen Bevölkerung im Kosovo in verschiedener Hinsicht zunehmend verletzt werden (das gilt für die Meinungsfreiheit ebenso wie für die Unverletzbarkeit der Person und für den Gleichheitsgrundsatz, letzteres vor allem in der Beschäftigungs-, Schul- und Gesundheitspolitik). Die Delegation möchte Sie, sehr geehrter Herr Minister, daher herzlich bitten, den folgenden Vorschlag in den internationalen Gremien zur Diskussion zu stellen und nachdrücklich zu vertreten: *Um die führenden Kräfte der albanischen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo in ihrem gewaltfreien Handlungsansatz zu unterstützen, der den Verzicht auf Sabotage und Terrorakte gegen die serbische Minderheit und die serbisch dominierten Institutionen vorsieht, ist es unbedingt erforderlich, das Gebiet vorübergehend unter internationale Aufsicht zu stellen. Eine internationale Behörde sollte vor Ort die Einhaltung der Men-*

¹⁷Eindrücke vom Kosovo-Konflikt. Bericht einer Delegation aus der Friedensstadt Linz im Herbst 1993, aufgenommen und redigiert von Reiner Steinweg, 32 S. DIN-A4, zugänglich über die Friedensbibliothek Linz (siehe Fn. 1).

¹⁸abgedruckt in: Friedensbericht 1994 (siehe Fn. 8) S. 327-29. Die eher allgemein gehaltene Antwort des Außenministers ist im Dossier (siehe Fn. 1) enthalten.

*schenrechte und des Gleichheitsgrundsatzes für die Angehörigen beider Volksgruppen über-
berwachen und gleichzeitig ein Autonomiestatut für Kosovo erarbeiten, das den berechtig-
ten Interessen beider Konfliktparteien Rechnung trägt.“*

Es gehört zu den großen Tragödien der europäischen Geschichte, dass dieser Vor-
schlag erst nach einem blutigen Krieg (1998), der vorübergehenden Vertreibung
und/oder Flucht von etwa 800.000 Kosovo-AlbanerInnen, dem Bombardement serbi-
scher Städte durch die NATO (1999) und der Flucht von rund 200.000 Serben aus dem
Kosovo¹⁹ verwirklicht wurde. Selten waren die Notwendigkeit gewaltpräventiven Han-
delns und die erforderlichen und gebotenen Mittel so deutlich erkennbar wie im Kosovo
der Jahre 1992- 1997.²⁰ Dass aus diesem Versagen der internationalen Politik noch
immer keine strukturellen und völkerrechtlichen Konsequenzen gezogen worden sind,
bleibt ein Skandal, der viele andere in den Schatten stellt – auch wenn die Gründe da-
für (die in der Tradition des Westfälischen Friedens von 1648 stehende Abwehrhaltung
nationaler Regierungen gegen jede „Einmischung von außen“) auf der Hand liegen.

Die Öffentlichkeitswirkung der Reise konnte sich sehen lassen: Eine *Tonbildschau*²¹,
die bis Mai 1994 über 30 mal vorgeführt wurde, davon sechsmal in Schulen, wobei
Mitglieder der Delegation sich als ReferentInnen und für die Beantwortung von Fragen
zur Verfügung stellten; eine Serie von teilweise ganzseitigen Zeitungsartikeln in der
Woche vom 11. bis 15. Oktober 1993 in der örtlich führenden Tageszeitung, den „*O-
berösterreichischen Nachrichten*“²²; drei Artikel in der *Kirchenzeitung* der Diözese
Linz²³; zusätzlich zur erwähnten Dokumentation der Auswertung durch die Teilnehme-
rInnen ein ausführlicher schriftlicher Bericht über die Gespräche mit Albanern und Ser-
ben während der Reise²⁴; ein Falblatt mit Fotos und kurzen, leicht verständlichen Tex-
ten über die Situation im Kosovo als Grundinformation für InteressentInnen an der
Tondiaschau²⁵; ferner eine *Podiumsdiskussion* am 9. Dezember 1993, an der neben
Mitgliedern der Delegation (Gemeinderat *Wolfgang Prammer*,

¹⁹Vgl. Dieter S. Lutz, Das Beispiel Kosovo: Lehrstück wider den humanitären Interventionismus, in: Georg
Meggle (Hg.), *Humanitäre Interventionsethik. Was lehrt uns der Kosovo- Krieg?* Paderborn: Mentis-
Verlag 2004, 267-288; englisch in: ders., *Ethics of Humanitarian Interventions*, Heusenstamm: Ontos-
Verlag 2004, 359-380.

²⁰Als ich im Jahr 2000 dem finnischen OSZE-Botschafter in Wien den „Linzer Appell“ vorstellte, erzählte er
mir, dass in den Jahren 1992-1997 in so gut wie jedem internen diplomatischen Papier zu Balkanfragen
auf die hohe Kriegsgefahr im Kosovo hingewiesen worden war.

²¹produziert von Peter Witz.

²²verfasst vom mitreisenden Redakteur der Oberösterreichischen Nachrichten, Erhard Gstöttner.

²³vom mitreisenden damaligen Redakteur der Kirchenzeitung der Diözese Linz, Martin Kranzl- Greinecker.

²⁴vom Delegationsmitglied von Markus Pühringer.

²⁵erstellt von dem mitreisenden Metall-Gewerkschafter Toni Steinmetz.

der Metallgewerkschafter *Toni Steinmetz* sowie *Otto Stoik* von der Katholischen Pädä-
gogischen Akademie) ein Vertreter der in Österreich lebenden Kosovo-Albaner, Dr.
Mag. *Skender Gashi*, sowie als Vertreter der serbischen Seite Botschaftsrat *Boro
Šuput*, Wien, teilnahmen. (Boro Šuput war bei der Vorbereitung der Reise bzw. der Be-
schaffung der notwendigen Papiere und Genehmigungen der serbischen Regierung
behilflich gewesen.)

Das Projekt war das folgenreichste und zugleich folgenloseste, das aus den Überle-
gungen im Friedenskuratorium hervorgegangen ist.²⁶ Es hatte nicht die erhoffte Signal-

wirkung auf andere europäische Städte, sich ebenfalls sichtbar für die Menschenrechte im Kosovo zu engagieren, und auch die Reaktion aus dem Außenministerium ließ keine aktivere österreichische Kosovopolitik erwarten. Der Aufstand der ungeduldig gewordenen jungen Albaner gegen die gewaltfreie albanische Führung konnte nicht verhindert werden. Aber für die in Linz lebenden Kosovo-AlbanerInnen bedeutete die öffentliche Aufmerksamkeit durch die Berichterstattung eine deutliche Verbesserung ihrer Situation. Die entstandenen Kontakte wurden weit über den Krieg hinaus gepflegt.

Auch die an der Aktion beteiligten ÖsterreicherInnen ließ das Thema nicht mehr los: Es bildete sich eine „Linzer Kosovoinitiative“, der sich auch die tatkräftig für Flüchtlinge engagierte Voest-Krankenschwester *Monika Freundlinger-Lewaschowa* („Asyl Human. Verein für Menschenrechte“) anschloss²⁷; sie hatte zuvor – angeregt durch die erwähnte Podiumsdiskussion – am 7. Mai 1994 eine Demonstration und Solidaritätskundgebung sowie eine Podiumsdiskussion zur Situation kosovo-albanischer *Wehrdienstverweigerer* organisiert. Der Protest richtete sich gegen die Praxis der österreichischen Bundesbehörden, aus dem Kosovo geflohene Wehrdienstverweigerer nach Serbien abzuschieben.

Bürgermeister Dobusch übermittelte am 4. Juni 1996, gleich nach den ersten, offenkundig politisch motivierten Gewaltakten im Kosovo, mit einem persönlichen Begleitschreiben einen Offenen Brief von sechs Mitgliedern der Delegation aus dem Jahre 1993 an den Patriarchen der Serbisch-Orthodoxen Kirche, den österreichischen Außenminister und den Botschafter in Belgrad,

²⁶Die Fehler, die bei der Vorbereitung dieser Reise gemacht wurden und die Folgen von zwei Kontroversen unter den TeilnehmerInnen während der Reise habe ich reflektiert in: Über die Bedeutung der kleinsten Schritte und was man dabei falsch machen kann. Vorbeugendes Friedenshandeln am Beispiel des Kosovo-Konflikts, in: Thomas Dominikowski/Regine Mehl (Hg.), *Dem Humanismus verpflichtet. Zur Aktualität pazifistischen Engagements*. Festschrift für Karlheinz Koppe, Münster (Agenda) 1994, 155-166. Anekdotisch dazu: Ders., Ein staatsfrommer Dissident verschafft einer Kosovo-Delegation Publicity, in: *Geschichten aus der Friedensbewegung. Persönliches und Politisches*, gesammelt von Andreas Buro und herausgegeben vom „Komitee für Grundrechte und Demokratie“, Köln: Komitee für Grundrechte und Demokratie 2005, 141 f.

²⁷Sie hatte sich in der Endphase des Kalten Krieges in vorbildlicher Weise für die Flüchtlinge aus dem Ostblock eingesetzt und erhielt später dafür eine hohe polnische Auszeichnung.

an die österreichische Botschafterin bei der OSZE und den bayrischen EUParlamentarier Otto v. Habsburg sowie an sechs im oder für den Kosovo tätige NGO's (Nichtregierungsorganisationen). Sie brachten darin ihre Besorgnis über die Situation zum Ausdruck. Als dann 1998 der befürchtete Krieg tatsächlich begonnen wurde, veranstaltete die Kosovoinitiative, wiederum mit Unterstützung des Kulturamts der Stadt Linz, ein großes friedenspolitisches Benefizkonzert (unter anderem mit der Wiener „Tschuschenkapelle“, in der ÖsterreicherInnen mit Migrationshintergrund, nicht selten vom Balkan stammend, mitwirken²⁸). Es erbrachte einen beachtlichen Reinerlös für die Opfer des Krieges. Im November 1998 bat die Kosovoinitiative in einem Brief an Außenminister Wolfgang Schüssel, der in der Kirchenzeitung veröffentlicht wurde, um Auskunft über die Aktivitäten der Österreichischen Regierung zur Eindämmung der Feindseligkeiten. Anfang März 1999, also noch vor dem NATO-Angriff, erhielt die Kosovo-Initiative von Landeshauptmann *Josef Pühringer*, dem Kulturinstitut des Landes OÖ, dem Betriebsrat der pastoralen Berufe der Diözese Linz und von Einzelpersonen insgesamt 25.000 öS, die für die Unterstützung der Kriegsoffer im Kosovo über die Caritas an die Mutter Teresa-Vereinigung in Priština weitergegeben werden konnten.

Ein gescheitertes Großprojekt nach dem Ende des Bosnienkrieges

In der Friedenserklärung 1995 wird die Möglichkeit skizziert, gemeinsam mit anderen österreichischen Städten in einer bosnischen Stadt dazu beizutragen, neue Formen und Regeln der konstruktiven Konfliktaustragung in der Nachkriegssituation mit ihren vielfachen Verwerfungen zu entwickeln und einzuüben. Dafür sollten bosnische Trainer in Österreich (Stadtschlaining) ausgebildet, kontinuierlich supervidiert und auch materiell unterstützt werden. Eine ausführliche Projektbeschreibung wurde erstellt²⁹; mit dem Bürgermeister der Industriestadt *Zenica*, der aus Anlass der Übernahme mehrerer von der Stadt Linz gestifteter Busse an die Donau kam, wurden Gespräche geführt, ob ein solches Projekt willkommen sei; und der Verfasser wurde beauftragt, während einer Tagung des österreichischen Gemeindetags in Graz für das Projekt zu werben. Auch eine potentielle internationale Kooperation (mit einer ähnlich gelagerten Initiative in der Schweiz) wurde angebahnt und das Projektdesign bei einem internationalen Kongress in Kiel vorgestellt, diskutiert und in englischer Sprache veröffentlicht.³⁰ Die Stadt Zenica war an der

²⁸Der verächtliche österreichische Ausdruck „Tschusch“ für Zugewanderte aus Südosteuropa oder dem Orient wurde von der sehr beliebten Tschuschenkapelle positiv „umgedreht“.

²⁹Reiner Steinweg, Konstruktive Konfliktbearbeitung im ehemaligen Jugoslawien als Beitrag zur Wiederherstellung des Friedens in Europa, enthalten im Dossier, siehe Fn. 1.

³⁰Reiner Steinweg, Linz – A City in the Neighbourhood of War. Projects and Experiences, in: Christian Wellmann (ed.), From Town to Town. Local Authorities as Transnational Actors, Kieler Schriften zur Friedenswissenschaft Bd 8 / Kiel Peace Research Series Vol 8 (SCHIFF Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedenswissenschaften an der Christian Albrechts Universität Kiel), 1998, 227-251.

104

Durchführung des Projektes sehr interessiert, da sie mit einem hohen Konfliktpotential konfrontiert war. Dieses ergab sich vor allem aus der Situation, dass zurückkehrende Flüchtlinge in ihren Wohnungen andere Flüchtlinge vorfanden, die man nicht einfach auf die Straße setzen konnte. Aber die übrigen österreichischen Städte waren mit ihren eigenen, primär materiellen Balkan-Hilfsprojekten bereits ausgelastet. Da das Linzer Projekt seriös nur als langfristiges durchgeführt werden konnte, also eine Laufzeit von mindestens fünf Jahren benötigte, die dafür erforderlichen Mittel aber von Linz allein nicht aufgebracht werden konnten³¹, musste schließlich auf die Durchführung verzichtet werden.

Auch bescheidenere Vorhaben konnten nicht immer verwirklicht werden. So kam z.B. eine Busfahrt zum im Mai 2000 eröffneten „Europäischen Museum für Frieden“ in Stadtschlaining, zu der das Kulturamt eingeladen hatte, nicht zustande, da nur 10 Personen an dem ins Auge gefassten Termin Zeit hatten.³² Nicht realisiert werden konnten auch eine Veranstaltung mit *Lea Rabin* nach der Ermordung ihres Mannes Jitzchak Rabin (4. November 1995), ein Symposium „Kriegskosten – Kriegsfolgen“ und ein weiteres zum Thema „Kommunikation und Krieg“. Auch eine Lesung aus „Mein Kampf“ von *Serdar Somuncu*, dem es damit oft gelingt zu entzaubern, was sich manchmal als Mythos Adolf Hitler in den Köpfen von Jugendlichen festsetzt, kam nicht zustande.

Der Preis für Integrative Jugendarbeit

Auf Vorschlag des Friedenskuratoriums verleiht die Stadt seit 1994 jährlich einen „Preis für integrative Jugendarbeit“ in Höhe von 10.000 öS / 1.500 €. Hintergrund für diese Entscheidung waren die gewalttätigen Ausschreitungen vor allem rechtsradikaler Jugendlicher in mehreren Nachbarländern gegen AusländerInnen, mit oftmals tödlichen

Folgen. Der Preis sollte einen Beitrag dazu leisten, die Gewaltwelle nicht nach Österreich überschwappen zu lassen. Er wird bewusst am 9. November verliehen, dem Tag des inszenierten nationalsozialistischen Judenpogroms von 1938. Gewürdigt werden ausschließlich Linzer Projekte. Die vom Bürgermeister ernannte fünfköpfige Jury arbeitet unter wechselndem Vorsitz – engagiert betreut von der Mitarbeiterin des städtischen „Kinder- und Jugend-Service“ *Claudia Schaubberger* – ehrenamtlich.³³

³¹Es wurde für die gesamte anvisierte Laufzeit eine Summe von insgesamt bis zu 10 Millionen Schilling, umgerechnet rund 730.000 Euro errechnet.

³²Eine Abteilung dieses Museums, die mit Unterstützung der Berghof Stiftung für Konfliktforschung konzipiert und verwirklicht wurde, konnte auch in Buchform und auf CD dokumentiert werden, vgl. Eva Maringer/Reiner Steinweg, *GewaltAuswegeSehen. Anregungen für den Abbau von Gewalt*, mit CD-ROM: Ausstellung „Wege aus der Alltagsgewalt“, Oberwart und Tübingen: edition lex liszt 12 und Verein für Friedenspädagogik Tübingen e.V. 2002.

³³Die schriftlichen Begründungen für die Preisentscheidungen sind über das „Kinder- und Jugendservice“ der Stadt Linz zugänglich.

Zur Preisverleihung durch das für Jugend und Soziales zuständige Stadtsenatsmitglied – über viele Jahre *Ingrid Holzhammer* – werden nicht nur die Erwachsenen eingeladen, die die Projekte eingereicht und der Jury persönlich vorgestellt haben, sondern auch die betroffenen und zugleich oftmals sehr aktiv beteiligten Jugendlichen. Die Feierstunde habe ich als Juryvorsitzender der ersten sieben Jahre unter anderem für zeitgeschichtliche Aufklärung genutzt, vor allem über das Novemberpogrom von 1938, aber auch für eine Gesprächsrunde zwischen der Stadträtin und den Jugendlichen über ihre aktuellen Bedürfnisse und Konflikte mit der Erwachsenenwelt. Meistens wird die Preissumme auf mehrere Projekte verteilt, aber kein Preisbewerber geht leer aus – es gibt zumindest einen Sachpreis und das festliche Buffet im Anschluss an die Preisverleihung.

Mit dem Preis für Integrative Jugendarbeit wurden bisher unter anderem folgende Projekte öffentlich anerkannt: Ein Jugendzentrum, das sich besonders um die Integration von ausländischen Jugendlichen bemühte; eine Streetball-Aktion „Gebt der Gewalt einen Korb“; ein „Streetwork-Projekt Kroatien/Split“, in dem drei straffällig gewordenen Linzer Jugendlichen – einem „linken“ und zwei „rechten“ Hooligans – ermöglicht wurde, gemeinsam in einem kroatischen Heim für Behinderte zu arbeiten und dadurch zu einer neuen Weltsicht zu gelangen; eine Kinderzirkuswoche zur Deeskalation eines gewalttätig werdenden Streits zwischen zwei informellen Jugendgruppen; eine Aktion „Spiel und Spaß kennt keine Grenzen“; ein Projekt zur Betreuung von Jugendlichen im Flüchtlingsheim Lunzerstraße; ein Jugendfest mit dem Ziel, Spenden für „Nachbar in Not“ bzw. für die vom Krieg betroffenen BewohnerInnen des Kosovo zu sammeln; ein in Eigeninitiative vorangetriebenes und sehr erfolgreiches Projekt von zwei Polizeibeamten zur Gewaltreduktion bei Fußballspielen; die Betreuung von verschleppten minderjährigen Mädchen; die Förderung des Dialogs zwischen unbegleiteten minderjährigen Fremden aus einem Jugendwohnhaus und österreichischen Jugendlichen; ein Peer-Mediations-Projekt in einem Schulzentrum; geschlechtssensible Buben- und Burschenarbeit; Projekte zum Dialog der Kulturen (auch mit musikalischen Mitteln: „Absurdes Orchester“) und eine Performancegruppe mit Jugendlichen aus Nigeria, Afghanistan und Linz. Fälle von Verfeindung unter Jugendgruppen oder zwischen ihnen und der Gesellschaft in Linz kommen bisher eher selten vor – umso wichtiger sind präventive Projekte der angedeuteten Art, damit es dabei bleiben kann.

Friedensaktivitäten, die nicht vom Friedenskuratorium angeregt wurden

Hier ist eine viertägige Veranstaltung „Für den Frieden singen“ hervorzuheben, die vom Arbeitersängerbund unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzler *Franz Vranitzky*, Landeshauptmann (Ministerpräsident) *Josef Pühringer*, Bürgermeister *Franz Dobusch* und Kulturstadtrat *Reinhard Dyk* vom 6. bis 7. Juni 1996 stattfand. In einem Festkonzert wurde unter anderem das äußerst schwierige Chorwerk „Frieden auf Erden“ von Arnold Schönberg dargeboten, von dessen nicht nur musikalischer, sondern auch friedensfördernder Qualität der Komponist fest überzeugt war. Am 8. Juni wurde die „Friedenskantate“ des Linzer Komponisten *Gunter Waldeck* „Ich habe einen Traum“ mit einer Textauswahl von *Peter Paul Kaspar*, Kirchenrektor der Ursulinenkirche und Dozent an der Bruckner-(Musik-)Universität, in der Linzer Eissporthalle von 14 Chören aus ganz Oberösterreich unter drei Dirigenten (*Fritz Hinterdorfer*, *Reinhard Kühr* und *Adolf Kainz*), uraufgeführt. Der Komponist führte selbst Regie. Dieses musikalische Großereignis wurde auf einer noch heute hörenswerten CD „Für den Frieden singen“ festgehalten, auf der auch das Festkonzert aufgezeichnet ist.

Bei alledem darf nicht unerwähnt bleiben, dass eine Reihe von Linzer NGO's auch außerhalb der Friedenstage Veranstaltungen durchgeführt haben, die einen Friedensbezug hatten: Hier sind besonders hervorzuheben die Aktivitäten der christlich-ökumenischen Friedensbewegung *Pax Christi* und der nicht religiös gebundenen *Friedenswerkstatt* (heute *Werkstatt Solidarität und Frieden*), im weiteren Sinne auch des „*Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik*“, der *Caritas*, der *Evang. Frauenarbeit*, von *SOS-Mitmensch* (später *SOS-Menschenrechte*) und *amnesty international*, vom sehr rührigen „*Verein zur Betreuung der AusländerInnen in OÖ*“, vom *Jugendzentrum Stuwe*, von der „*Arbeitsgemeinschaft Kath. Jugend und Jungschar*“ oder vom „*Arbeitskreis kritischer SchülerInnen*“/AKS, um nur einige zu nennen. Sie waren in der Regel auch an den jährlichen Friedens- und Begegnungstagen aktiv beteiligt.

Als 1991 deutlich wurde, dass – nach den Schlachten zwischen Iran und dem vom Westen unterstützten Irak – ein zweiter Golfkrieg, diesmal gegen den Irak, bevorstand, entwarfen sieben Einzelpersonen einen Text für eine Anzeigenkampagne unter der Überschrift „*Auch Zuschauen ist tödlich!*“. Bereits nach einer Woche gab es dafür soviel Unterstützung, dass die Anzeige mitsamt den Namen der UnterzeichnerInnen in acht regionalen und überregionalen österreichischen Blättern geschaltet werden konnte.³⁴ (Dabei gab es zu diesem Zeitpunkt noch kein e-mail.) Auch mehrere Mitglieder des Linzer Stadtsenats, darunter der Bürgermeister, unterschrieben und stellten namhafte Beträge für die Finanzierung der Kampagne zur Verfügung. 1995 veranstaltete „Friedensforschung Linz“ mit Unterstützung des Kulturamts im Sommer eine philosophisch-musikalische Erinnerung an das Erscheinen von Immanuel Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ 200 Jahre zuvor: Der Philosoph *Hajo Schmidt* von der Fernuniversität Hagen analysierte Kants Text aus heutiger Perspektive und wechselte sich dabei ab mit musikalischen Beiträgen der Gruppe „*10 Saiten, 1 Bogen*“.

Die Krise im Jahre 1996

Eine klare Haltung gegen AusländerInnenangst und -feindlichkeit ist in den Friedenserklärungen der Stadt Linz schon früh erkennbar. Bis 1995 fanden entsprechende Formulierungen noch den Konsens im Kuratorium. Dies war 1996, als in einer bereits stark veränderten politischen Landschaft der Linzer AusländerInnen-Integrationsbeirat gegründet wurde, nicht mehr der Fall. Im Friedenskuratorium gab es heftige Diskussionen

über politische Standortbestimmungen und mehrere vergebliche Anläufe zu einer konsensfähigen Friedensklärung. Am Ende verzichtete der Bürgermeister darauf und befriedete das Kuratorium nicht mehr ein.

Auf die Friedens- und Begegnungstage, die jetzt zusammengelegt wurden, hatte diese Situation keinen Einfluss. Die dafür budgetierten Mittel wurden nicht gekürzt. Ein paar Glanzlichter aus dieser Zeit: *Willi Resetarits* stellte das Wiener Integrationshaus vor und der amerikanische Psychologe *Marshall Rosenberg* hielt zum ersten Mal in Österreich einen öffentlichen Vortrag über „Gewaltfreie Kommunikation“ mit anschließendem Trainings-Workshop (1996). *Günther Bächler* von der Schweizerischen Friedensstiftung sprach über die Rolle der Neutralen bei der Einhegung und Bearbeitung zukünftiger Konflikte, und in einem öffentlichen Streitgespräch über den Wert der österreichischen Neutralität zwischen Botschafter *Thomas Mayr-Harting*, stv. Politischem Direktor im Außenministerium, und *Boris Lechthaler* von der Friedenswerkstatt wurden in vorbildlicher Form die gegensätzlichen Standpunkte in dieser Frage ausgeleuchtet (1997). *Hildegard Goss-Mayr*, die Wiener Ehrenpräsidentin des Internationalen Versöhnungsbundes, sprach öffentlich sowie in einer Schule über die Kraft der Gewaltlosigkeit 50 Jahre nach dem Tod von Gandhi und berichtete über ihren Einsatz für Gerechtigkeit und Versöhnung (1998).

³⁴Das Personenkomitee – Ulrike Breitwieser, Franz Dürr, Gerhard Elsigan, Ilse Hauder, Gerhard Lehrner, Reiner Steinweg und Walter Sturm – bildete sich am 5. Januar 1991. Bis zum 8. Januar wurden 800 bezahlte Unterschriften gesammelt, bis zum 10. kamen weitere rund 1.000 hinzu. Insgesamt wurden von den UnterzeichnerInnen rund 385.000 öS (umgerechnet über 28.000 €) eingezahlt, also erheblich mehr als die knapp 250.000 öS, die letztlich für die Anzeigen benötigt wurden (wobei die meisten Anzeigenredaktionen Rabatte gewährten). Nach Abzug der Kampagnenkosten (Porti, Telefon, Druckkosten etc.) konnten 106.700 öS (7.800 €) auf folgende formelle und informelle NGO's aufgeteilt werden: Projekt Friedensdorf International (Hilfe für kriegsverletzte Kinder); Hilfe für die Opfer des Golfkriegs; Rechtshilfefonds für die Teilnehmer an einer Blockade des Panzertransportes durch Österreich; Druckkostenzuschuss für eine Broschüre „Durch Krieg zur neuen Welt(UN)-Ordnung?“; Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik /ÖIE Oberösterreich (für Veranstaltungen und Seminare zu den Hintergründen und Konsequenzen des Golfkrieges); Unterstützung für US-amerikanische Soldaten, die die Beteiligung an diesem Krieg verweigert haben. Der acht DIN-A4-Seiten umfassende Abschlussbericht der Kampagne wurde als „ÖIE ÖÖ Aktuell“ verbreitet und ist, ebenso wie der Text der Anzeige, in dem in Fn. 1 genannten Dossier enthalten.

1998 wurden unter dem Motto „*Stadt der Kulturen*“ erstmals und seitdem jährlich Förderpreise für herausragende interkulturelle Projekte verliehen. Das AusländerInnen-Integrationsbüro und das Büro LinzKultur zeichnen gemeinsam für die Verleihung verantwortlich. Die Gesamtsumme der Förderpreise für verschiedene und wechselnde Kategorien beträgt 10.500 €. Den nicht aus dem Gemeinderat kommenden Mitgliedern des Friedenskuratoriums fehlten jedoch zunehmend die Gespräche mit dem Bürgermeister und die strukturierte Form der Beratung über mögliche Aktivitäten. Aus diesem Bedürfnis entwickelte sich in Absprache mit dem Bürgermeister die „Friedensinitiative der Stadt Linz“.³⁵

Aktivitäten der „Friedensinitiative der Stadt Linz“

Der „Linzer Appell für Friedenspolitik“ und der UNCOPAC-Vorschlag

Das einschneidendste Ereignis des ausgehenden Jahrhunderts war für die Mitglieder der Friedensinitiative aufgrund des oben dargestellten Engagements für den Kosovo der Eingriff der NATO in den 1998 begonnenen Krieg. Aus dieser starken Betroffenheit heraus wurde der (zweite) „Linzer Appell für Friedenspolitik“ formuliert, in dem die

Weltgemeinschaft unter anderem aufgefordert wurde, einen „Internationalen Interventionsrat“ einzurichten. Diese Einrichtung der Vereinten Nationen sollte über den (möglichst frühzeitigen) *Zeitpunkt* einer als notwendig erachteten Einmischung der internationalen Gemeinschaft in einen innerstaatlichen gewaltträchtigen Konflikt und über die Zulässigkeit der dabei einzusetzenden *Mittel* befinden.

Der Appell wurde am Jahrestag nach dem völkerrechtswidrigen Angriff der NATO auf Serbien, am 24. März 2000, in einer öffentlichen Veranstaltung am Menschenrechtsbrunnen auf dem Friedensplatz publik gemacht. Der designierte Rektor der Johannes Kepler-Universität Linz, *Rudolf Ardelt*, die Nationalratsabgeordnete *Inge Jäger*, der damalige Clubobmann (Fraktionsvorsitzende) der ÖVP im Oberösterreichischen Landtag (inzwischen Landesrat/Minister) *Josef Stockinger* und der damalige Clubobmann der Grünen, *Gunter Trübswasser*, sowie *Severin Renoldner* von der „Katholischen Aktion“ und Pax Christi OÖ hielten Ansprachen zur Begründung des Linzer Appells für Friedenspolitik. An dieser Veranstaltung nahmen auch Bürgermeister *Franz Dobusch*, die damaligen Oberhäupter der Kath. und Evang. Kirchen in Oberösterreich, Bischof *Maximilian Aichern*, Superintendent *Hansjörg Eichmeyer* und Oberkirchenrat *Richard Schreiber* sowie der Präsident der Arbeiterkammer OÖ, *Hubert Wipplinger*, teil und unterschrieben öffentlich,

³⁵Siehe dazu den Beitrag von Gerda Forstner im vorliegenden Band.

auf einer großen Plakatwand, den neuen Linzer Appell.³⁶ Bis Ende Oktober 2000 hatten etwa 1.500 Personen unterzeichnet, darunter fast alle Mitglieder des Linzer Gemeinderates, 28 Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags mit Landtagspräsidentin *Angela Orthner* an der Spitze, mehrere Landesräte und eine Bundesrätin, zahlreiche weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter viele HochschullehrerInnen aus Österreich und Deutschland, und natürlich auch alle Mitglieder der „Friedensinitiative der Stadt“ Linz und der Kosovoinitiative. Der „Linzer Appell für Friedenspolitik“ wurde wie die Friedenserklärungen den Partner- und Freundschaftsstädten der Stadt Linz übermittelt und auf einer Tagung zur Problematik „Humanitärer Interventionen“ in Bielefeld vorgestellt.³⁷

Aber der Appell blieb nicht unwidersprochen. Mitglieder der „Friedenswerkstatt“ Linz und der Redaktion der in Berlin erscheinenden *antimilitarismus information*³⁸ befürchteten, dass der vorgeschlagene UN-Interventionsrat zur Legitimierung *militärischer* Interventionen missbraucht werden könnte. Daraufhin wurde 2002/2003 gemeinsam mit Mitgliedern ähnlich ausgerichteter deutscher Initiativen unter Federführung des damaligen Mitglieds der „Friedensinitiative der Stadt Linz“ und heutigen Gemeinderats *Franz Leidenmühler*, Völkerrechtler an der Johannes Kepler-Universität Linz, ein Modellstatut für eine „*Kommission der Vereinten Nationen für Frieden und Krisenprävention*“ entwickelt, die sich ausschließlich auf *nicht-militärische* Formen der konstruktiven Einmischung in gewaltträchtige innerstaatliche Konflikte konzentrieren soll – auf englisch „*United Nation Commission on Peace and Crisis Prevention*“, abgekürzt UNCO-PAC.³⁹

³⁶Die Veranstaltung auf dem Friedensplatz hatte auch einen ungewollt skurrilen, im Nachhinein betrachtet höchst symbolischen Aspekt. Vgl. Reiner Steinweg, Der „Linzer Appell“ war dem Wind nicht gewachsen, in: Geschichten aus der Friedensbewegung (siehe Fn. 26) 180-182.

³⁷Die Tagung ist dokumentiert in: Georg Meggle (Hg.), Humanitäre Interventions-Ethik. Was lehrt uns der Kosovo-Krieg? Paderborn: Mentis-Verlag 2004, englisch in: ders. (Ed.), Ethics of Humanitarian Interven-

tions, Heusenstamm: Ontos-Verlag 2004; der Beitrag des Verfassers zur Begründung des Linzer Appells und des Internationalen Interventionsrates hat den Titel: Zur Notwendigkeit eines UN-„Interventionsrates“ (UNIC): Frühzeitige nicht-militärische Eingriffe von außen im Fall von drohendem Völkermord und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ebenda S. 229-240, englisch S. 251-262.

³⁸Die Kontroverse ist dokumentiert in: Franz Leidenmühler/Reiner Steinweg (Hg.), Kosovo und die Folgen. Friedenspolitik im Zeichen des Kosovo-Konfliktes, Idstein: Meinhardt Text & Design 2000, 137-141; vgl. auch Markus Euskirchen, Der ‚Linzer Appell‘ – Über die Tragik des Versuches, endlich wichtig zu werden sowie Reiner Steinweg, Was ist uns wichtig: Recht haben oder Gewalt vermindern? Eine Antwort auf Markus Euskirchens Kritik am „Linzer Appell für Friedenspolitik“, in: antimilitarismus information (Berlin), 12/2000, 47-54.

³⁹Der Text des Modellstatuts findet sich unter www.friedensstadtlinz.at und auf der homepage des Forum Crisis Prevention, das zum Zwecke der Unterstützung dieser und ähnlicher Initiativen für Prävention gegründet worden ist: <http://www.crisis-prevention.info/> (beide Stand: 15.03.2009).

Das Modellstatut trägt nicht nur der oben angesprochenen Kritik Rechnung, sondern ist auch im Hinblick auf eine geregelte Beteiligung der Zivilgesellschaft an einem Organ der Vereinten Nationen innovativ. Auch dieser Vorschlag fand breite Unterstützung vor allem in (Ober-) Österreich, aber auch darüber hinaus von Persönlichkeiten aus 17 weiteren Staaten und von diversen, vorwiegend jedoch kleineren NGO's.⁴⁰ Es gelang, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Kofi Anan*, eine Kurzfassung zur Kenntnis zu bringen; sie wurde in die meisten Sprachen, die in den 17 Ländern gesprochen werden, übersetzt.⁴¹ Im Juli 2005 konnte ich das UNCOPAC-Modell zusammen mit zwei deutschen Kolleginnen⁴² am Rande einer großen Konferenz der NGO's am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York, der *Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict / GPPAC* vorstellen. Die Stadt Linz, das Land Oberösterreich und das „Grazer Büro für Frieden und Entwicklung“ unterstützten diese Reise und die Erstellung der dafür benötigten Materialien.⁴³

Symposien

Die Hauptaktivität der „Friedensinitiative der Stadt Linz“ bestand jedoch darin, alle zwei Jahre ein internationales Symposium zu aktuellen Friedensproblemen zu veranstalten. Bisher wurden dabei – in enger Kooperation mit der Volkshochschule Linz – folgende Themen aufgegriffen:

1. Europäische Friedenspolitik: „Perspektiven nach dem Scheitern“ (aus Anlass des Kosovo-Krieges), mit Vizekanzler a. D. *Erhard Busek*, dem deutschen Botschafter a. D. in Belgrad und Wien, *Horst Grabert*, der Balkanexpertin *Christine v. Kohl* / Wien und dem Verfasser, moderiert von Franz Leidenmühler und Gerhard Marschall, damals Redakteur der „Oberösterreichischen Nachrichten“ (24. Juni 1999);

⁴⁰Die Unterstützerliste ist ebenda zu finden.

⁴¹Ebenda auch die Übersetzungen der Kurzfassung.

⁴²Heide Schütz, eine der MitautorInnen von UNCOPAC, und Ute Hegener, die mit Projektmitteln der Berghof Stiftung für Konfliktforschung versucht hat, eine breite Plattform für die Unterstützung von UNCOPAC zu organisieren, beide aktive Mitglieder des „Frauennetzwerks für Frieden e.V.“

⁴³Ein halbes Jahr später wurde die Einrichtung der „Peace Building Commission“ der Vereinten Nationen beschlossen. Sie weist in einigen Punkten Ähnlichkeiten mit UNCOPAC auf, unterscheidet sich aber u.a. dadurch, dass sie vor allem für Nachkriegsgesellschaften zuständig ist, d.h. Rückfallprävention betreiben soll – eine zweifellos wichtige Aufgabe –, während UNCOPAC bereits im Vorfeld die Entstehung von Kriegen und Bürgerkriegen verhindern helfen soll; außerdem ist – wenig überraschend – eine systematische Beteiligung der Zivilgesellschaft an dieser Kommission nicht vorgesehen. Mit dieser Gründung war klar, dass das Zeitfenster für UNCOPAC oder ähnliche Vorschläge (zwei damalige Dozenten der Universität Bremen hatten z.B. für entsprechende Zwecke ein „Weltinterventionsgericht“ vorgeschlagen) einstweilen wieder geschlossen ist. Vgl. Michael Zürn/Bernhard Zangl, Weltpolizei oder Weltinterventionsgericht? Zur Zivilisierung der Konfliktbearbeitung, in: Internationale Politik 8/1999, 17 ff.

2. „Krieg gegen Terror? Konfliktszenarien im 21. Jahrhundert und ihre Konsequenzen für die Friedens- und Sicherheitspolitik“, unter anderem mit *Ekkehart Krippendorff*/Berlin, dem ehemaligen österreichischen Außenminister *Erwin Lanc*, dem Linzer Völkerrechtler *Manfred Rotter* und *Erich Reiter* (15. März 2002);
3. „EU-Verfassung – Frieden? Die Europäische Union im Spannungsfeld zwischen Friedensauftrag und Kriegsbeteiligung“, mit *Hanne-Margret Birckenbach* von der Universität Gießen, *Carola Bielfeldt* / Universität Innsbruck, *Ekkehart Krippendorff*, MEP *Eva Lichtenberg*, *Gerald Mader*/Stadtschlaining, Nationalratspräsident a.D. *Heinrich Neisser* sowie *Gerald Oberansmayr* von der Werkstatt Frieden & Solidarität/Linz (19. November 2004).
4. „20 Jahre Friedensstadt Linz. Kommunale Friedensarbeit und Globalisierung der Unsicherheit“ (24.-27. November 2006).⁴⁴

An den Symposien nahmen jeweils zwischen 80 und 150 Personen teil. 2008 wurde statt eines internationalen Symposions ein stadtinternes „Forum Friedensstadt Linz“ ausgerichtet.⁴⁵ Die beiden ersten Symposien wurden in einem deutschen Verlag dokumentiert⁴⁶, das dritte als Broschüre von Linz-Kultur, da der deutsche Partner sich aus dem Verlagswesen weitgehend zurückgezogen hat.⁴⁷

Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und mit seinen Folgen

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus war dem Friedenskuratorium und ist der „Friedensinitiative der Stadt Linz“ wie dem Bürgermeister ein großes Anliegen. Seit dem Jahr 2000 wird jedes Jahr eine Veranstaltungsreihe „Es gärt“ zu Nationalsozialismus und Rechtsextremismus vorwiegend für Linzer Schulklassen durchgeführt. ProtagonistInnen dieser sehr erfolgreichen Reihe sind die Wiener Romakünstlerin *Ceja Stojka*, die von ihren Erlebnissen als Kind in den Konzentrationslagern Auschwitz, Ravensbrück und Bergen-Belsen berichtet, sowie *Heribert Schiedel* vom „Dokumentationsarchiv

⁴⁴Zum Verhältnis dieses Symposions zum vorliegenden Band siehe oben den einleitenden Beitrag S. 17.

⁴⁵Siehe dazu den Beitrag von Gerda Forstner S. 120.

⁴⁶Franz Leidenmühler/Reiner Steinweg (Hg. im Auftrag der Friedensinitiative der Stadt Linz), Kosovo und die Folgen. Völkerrecht und Friedenspolitik im Zeichen des Kosovo-Konflikts, Idstein/Ts. 2000; Franz Leidenmühler (Hg.), Krieg gegen Terror? Konfliktszenarien im 21. Jahrhundert und ihre Konsequenzen für die Friedens- und Sicherheitspolitik, Idstein/Ts. 2003., beide Bände im Verlag: meinhardt text und design.

⁴⁷Reiner Steinweg (Red.), EU-Verfassung – Frieden? Die Europäische Union im Spannungsfeld zwischen Friedensauftrag und Kriegsbeteiligung. Dokumentation eines Symposiums, hg. von der Landeshauptstadt Linz, Friedensinitiative der Stadt Linz / Büro LinzKultur: Stadt Linz, Linz 2005, als pdf-Dokument erhältlich über das Büro LinzKultur und in der Stadtbibliothek (siehe Fn. 1).

des Österreichischen Widerstands“, der über die aktuelle Entwicklung des Rechtsextremismus in Österreich informiert. Bürgermeister Dobusch zeichnete Frau Stojka auf Vorschlag der Friedensinitiative im Jahre 2004 für ihr hohes Engagement in dieser Sache mit der Humanitätsmedaille der Stadt Linz aus. Im März 2006 zeigte die Friedensinitiative im Foyer des Alten Rathauses die größte Werkschau ihrer Bilder, die es in Österreich bisher gegeben hat. Das Bild „Wiedersehen unter der Linzer Nibelungenbrücke“, das darstellt, wie sich die überlebenden Mitglieder der Familie, die in den Konzentrationslagern auseinander gerissen worden war, 1945 wiederfanden, wurde von

Bürgermeister Dobusch, der die Ausstellung eröffnete, für die Stadt angekauft. In diesem Zusammenhang stand auch eine Einladung zum gemeinsamen Besuch der Sonderausstellung „Wert des Lebens“ im Euthanasieschloss Hartheim am 5. Oktober 2003 und des aus diesem Anlass dort dargebotenen Theaterstücks über die Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942.

Weitere Aktivitäten

Am 11. Jänner 2002 fand eine Diskussionsveranstaltung „Krieg gegen Terror?“ Friedenspolitische Konsequenzen für Österreich“ mit *Karl Kumpfmüller* vom „Grazer Büro für Frieden und Entwicklung“ statt. Am 19. September 2005 hielt *Dieter Senghaas* von der Universität Bremen einen besonders gut besuchten Vortrag über „Perspektiven des Friedens im 21. Jahrhundert“. Ende Oktober 2005 richtete die Friedensinitiative das jährlich stattfindende österreichische *Forum „Gewaltfreiheit und Frieden“* in Linz aus. Im März 2008 hielt *Georg Schöfbänker* einen Vortrag über die Atompolitik des Iran, die Iranpolitik der USA und die Kriegsgefahr im Mittleren Osten.

Ab dem Jahr 2002 wurde auf Nachfrage der Präsidialdirektion der Stadt und angesichts des transnationalen Terrorismus, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der mit beidem begründeten Kriege in Afghanistan und Irak die Tradition der jährlichen „*Friedenserklärungen*“ wieder aufgenommen. Diese wurden nun als „Friedenserklärungen der Friedensinitiative der Stadt Linz“ unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen des Bürgermeisters“ in den Gemeinderat eingebracht und wie gehabt den Partnerstädten vom Bürgermeister schriftlich zur Kenntnis gebracht. 2008 gab es erstmals eine von der Friedensinitiative mit allen Gemeinderatsfraktionen abgesprochene „Friedenserklärung der Friedensstadt Linz“, die sich – auch dies ein Novum – auf *einen* Aspekt der gegenwärtigen Friedensbedrohung konzentriert (siehe Anhang S. 241 f.).

2006 konnte die Friedensinitiative Bürgermeister Dobusch dafür gewinnen, sich den „*Mayors for Peace*“ anzuschließen, die sich insbesondere für nukleare Abrüstung und gegen Atombombenversuche einsetzen (siehe den Beitrag von Peter van den Dungen und die Information im Anhang des vorliegenden Bandes, S. 67 und 231 - 240).

Konflikt um den Nahost-Konflikt

2003 luden die Friedensinitiative der Stadt Linz zusammen mit fünf weiteren Linzer Organisationen⁴⁸ *Felicia Langer*, die bekannte israelische Menschenrechtsanwältin, zu einem Vortrag „Quo Vadis Israel“ ein; 2004 folgte eine Lesung mit der palästinensischen Biologin und Konfliktbearbeiterin *Sumaya Farhat-Naser* aus ihrem Buch „Verwurzelt im Land der Olivenbäume. Eine Palästinenserin im Streit für den Frieden“.⁴⁹ Im Februar 2008 fand eine weitere Veranstaltung mit Sumaya Farhat-Naser statt, die diesmal aus ihren Tagebüchern las. Ein Linzer, der einer Gruppe „Friends of Israel“ nahe steht, legte energisch Einspruch gegen die seiner Meinung nach einseitige Perspektive dieser Lesung und anderer Veranstaltungen zum Nahen Osten ein und ließ eine Beschwerde beim Bürgermeister folgen. Das in einem längeren e-mail- Briefwechsel wiederholt gemachte Angebot der „Friedensinitiative der Stadt Linz“ zu einem klärenden Gespräch im kleinen Kreis, dem gemeinsam geplante öffentliche Veranstaltungen folgen könnten, wurde abgelehnt. In einem von der Volkshochschule und der Friedensinitiative veranstalteten „Politischen Reisebericht“ über eine Konferenz in Tel Aviv und Netanya/Israel, zu der die Friedrich Ebert Stiftung Tel Aviv und das S. Daniel Abraham-Zentrum für strategischen Dialog im Netanya Academic College vier Autoren des in Deutschland

publizierten „Manifests der 25“ eingeladen hatten, machte der Verfasser am 5. 6. 2008 deutlich, dass es der Friedensinitiative nicht um eine einseitige Parteinahme, sondern um *Frieden* im Nahen Osten geht – auch und nicht zuletzt für Israel.⁵⁰ Bei und nach diesem Vortrag kam es zu einigen kurzen, aber durchaus freundlichen persönlichen Begegnungen. Der Vorschlag, die strittigen Positionen in einer gemeinsamen Veranstaltung unter Einhaltung vereinbarter Regeln zu diskutieren, wurde jedoch nicht aufgenommen.

Pax Christi gab am 27.10.2008 der österreichischen Sektion der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ Gelegenheit, in einer Veranstaltung „60 Jahre Israel – 60 Jahre Nakba“ der Vertreibung der Palästinenser durch die Haganah im Jahre 1948 zu gedenken. Auch bei und nach dieser Veranstaltung protestierten die „Friends of Israel“ und ihnen nahestehende Personen.

⁴⁸Friedenswerkstatt Linz, KPÖ Linz, Palästina-Solidaritätskomitee Linz, Renner-Institut OÖ, Sozialistische Jugend OÖ, Südwind OÖ, Welt-Laden, siehe <http://www.werkstatt.or.at/Termine/QuoVadisIsrael.htm> (Stand: 28.03.2009).

⁴⁹Sumaya Farhat-Naser, *Verwurzelt im Land der Olivenbäume. Eine Palästinenserin im Streit für den Frieden*, Basel: Lenos Verlag 2002.

⁵⁰Der Vortrag ist auf CD und in dem Fn. 1 genannten Dossier in der Stadtbibliothek Linz zugänglich.

Der Konflikt um den Nahostkonflikt bleibt also einstweilen eine Herausforderung.

Aktivitäten anderer Initiativen und Organisationen nach 1996

Nicht nur die „Friedensinitiative der Stadt Linz“, sondern auch andere Organisationen haben Initiativen mit einem Bezug zur Friedensthematik ergriffen, wie am Beispiel des Nahost-Konflikts schon im letzten Abschnitt deutlich wurde. Im November 1999 bat Pax Christi zwei Südtiroler, *Clara* und *Hermann Barbieri*, die nach dem Ende des Krieges als Zeugen bei der Feststellung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Kosovo tätig waren, über ihre Erfahrungen unter der Frage zu berichten: „Ist Versöhnung möglich?“⁵¹ Pax Christi schickte – in Abstimmung mit der Kosovo-Initiative – im Mai 2001 eine (zweite) Delegation in den Kosovo mit der Absicht, die Möglichkeiten für Jugendaustauschprojekte auszuloten, an denen sowohl albanische als auch serbische und ashkalische Jugendliche beteiligt sein sollten.⁵² Interessierte Partner waren die Caritas und die Katholische Jugend der Diözese Linz. Die Reise führte unter anderem nach Priština, Fushkosove/Kosovopolie, Mitrovica und Prizren. Nach vielen interessanten Begegnungen und Gesprächen kamen diese Projekte dann letztlich doch nicht zustande.

Die „*Werkstatt Frieden & Solidarität*“ organisierte – z.B. aus Anlass des Irakkriegs – zahlreiche Demonstrationen, Veranstaltungen und eine Volksbefragungsinitiative gegen eine Militarisierung der EU und zur Wahrung der Neutralität Österreichs, die aber nicht die erforderliche Unterstützung bekam. *Pax Christi* beteiligt sich seit einigen Jahren am Linzer „Citylauf“, der regelmäßig am österreichischen Nationalfeiertag (26. Oktober) stattfindet, und verteilt an LäuferInnen und PassantInnen Aufkleber mit der Aufschrift „Neutralität schafft Frieden“, die in der Regel gern angenommen und aufgeklebt werden. Es ist sicher auch auf diese und viele andere ähnliche Aktionen zurückzuführen – und auf die Resonanz in der Bevölkerung darauf –, dass nach einigen durch das Ende des Ost-West-Konflikts hervorgerufenen Schwankungen im neuen Jahrhundert das Bekenntnis der Regierenden zur Neutralität erneuert wurde.

Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Linz wurde durch das Archiv der Stadt Linz und deren HistorikerInnen *Walter Schuster*, *Fritz Mayrhofer*, *Maximilian Schimböck* und *Anneliese Schweiger* in vorbildlicher Weise vorangetrieben und gewann durch eine Reihe von Projekten im Rahmen von Linz09 (siehe dazu den Beitrag von Gerda Forstner S. 121 f.) erheblich an Breitenwirkung.⁵³

⁵¹ Clara und Hermann Barbieri aus Brixen/Bressanone am 26. November 1999 im Diözesanhaus.

⁵² Beteiligt waren Martin Kranzl-Greinecker, Mark Martendroek, Gerhilde Merz und Severin Renoldner. Ein Projektbericht kann angefordert werden bei paxchristi@dioezese-linz.at.

Zur Situation der Juden in Österreich, zu den Problemen des Nahen Ostens und zu den Themen Krieg und Gewalt bot die *Volkshochschule* der Stadt Linz wiederholt Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen an, u.a. mit *Elazar Benyoetz*, *Henry Friedlander* und dem Wiener Oberrabbiner *Paul Chaim Eisenberg*. Die *Arbeiterkammer Linz* lud zusammen mit Pax Christi die in Wien lebende, aus Bethlehem stammende lutherische Theologin *Viola Raheb* und ihren Mann, den im Libanon aufgewachsenen palästinensischen Musiker *Marwan Abado*, zu einer gut besuchten Lesung mit palästinensischer Musik und anschließender politischer Diskussion ein. Viola Raheb konnte daraufhin zwei Jahre später auch in der lutherischen Kirche Linz-Süd vor einem großen Publikum über die Situation in Palästina und ihre Erfahrungen mit der Besetzung ihrer Heimat berichten. 2003 hatten die Linzer auf Initiative von Pax Christi Gelegenheit, den Israeli *Amos Quirz* und den Palästinenser *Nafez Assaily*, die sich beide entschieden gewaltfrei für Versöhnung im Nahen Osten engagieren, in einem Gespräch zu erleben, das von *Hildegard Goss-Mayr* moderiert wurde.

Darüber hinaus haben sich einzelne Mitglieder der Friedensinitiative im Rahmen ihrer eigenen Organisationen immer wieder für unterschiedliche Aspekte der Friedensproblematik engagiert: für die Notleidenden in Afghanistan, Libanon, Palästina, Tschechien, Uganda – direkt vor Ort und mit Mahnwachen in Linz; für die Erhaltung einer von Pregartner HauptschülerInnen gemeinsam mit dem Künstler *Herbert Friedl* erarbeiteten außerordentlich eindrucksvollen Ausstellung „Dennoch hoffen“⁵⁴; und besonders für die Beibehaltung und Ausgestaltung der österreichischen Neutralität als friedenspolitisches Instrument.

⁵³ Siehe Fritz Mayrhofer/Walter Schuster (Hg.), *Nationalsozialismus in Linz*, zwei Bände, Linz: Archiv der Stadt Linz 2001; dies., *Nationalsozialismus. Auseinandersetzung in Linz. 60 Jahre Zweite Republik. Eine Dokumentation*, Linz: Archiv der Stadt Linz 2005; zu den Projekten im Rahmen des Programms der europäischen Kulturhauptstadt Linz im Jahre 2009 gehört u.a. die Ausstellung „Kulturhauptstadt des Führers“ (deren Titel allerdings in mehrfacher Hinsicht irreführend und heftig umstritten ist), ein Projekt „In situ“, das an verschiedenen Stellen der Stadt in großer weißer Schrift auf dem Asphalt an Ereignisse der Jahre 1938-1945 und an die Opfer des nationalsozialistischen Terrors erinnert, ein Kunstprojekt an den in der NS-Zeit im Rohbau errichteten Brückenkopfgebäuden am Hauptplatz und ein „Geschichte-Buch“, das bebildert und auf leicht zugängliche Weise die Eindrücke von „In situ“ vertieft und über weitere Projekte zur Auseinandersetzung mit der NS-Zeit berichtet: *Geschichte Buch*, hg. von Nico Wahl für Linz09, unter Mitarbeit von Ada Kollwitz und Lena Hoisbauer, Linz09 Kulturhauptstadt Europas 2009.

⁵⁴ Eine Auseinandersetzung mit der von der SS so genannten „Mühlviertler Hasenjagd“, bei der über 300 sowjetische Offiziere, die im Februar 1945 aus dem KZ Mauthausen ausbrechen konnten, auf Befehl der SS von der ortsansässigen Bevölkerung verfolgt und fast alle ermordet wurden. Zu dem Ausstellungsprojekt vgl. Reiner Steinweg, *Gewalt und Gewaltfreiheit in der Friedenspädagogik*, in: Bettina Gruber/Renate Grasse/Günther Gugel (Hg.), *Friedenspädagogik. Grundlagen, Praxisansätze, Perspektiven*. Reinbek bei Hamburg 2008, 117 f.

Die BürgerInnen, die Friedensstadt und was noch nicht erreicht wurde

Über dem Engagement der NGO's sollen die einzelnen Linzer Bürgerinnen und Bürger nicht vergessen werden, denen der Frieden ein Anliegen ist und die auf sich gestellt oder mit anderen immer wieder kleine Zeichen und Schritte setzen, indem sie z.B. regelmäßig Formen des Dialogs erproben, in der Schule „Gewaltfreie Kommunikation“ mit ihren SchülerInnen einüben oder zur Vertiefung ihrer eigenen Fähigkeiten entsprechende Übungsgruppen für Erwachsene organisieren. Auch das Engagement mancher BürgerInnen, von LehrerInnen, bildenden KünstlerInnen und MusikerInnen in der Auseinandersetzung mit der finsternen Vergangenheit gehört in diesen Zusammenhang. Stellvertretend für alle sei der Linzer Musiker *Herwig Strobl* genannt, der vor dem Hintergrund der Verstrickung seiner Familie in den Nationalsozialismus 1982 das Ensemble „10 Saiten, 1 Bogen“ gründete und sich seitdem der jiddischen Musik und der Beschäftigung mit der jüdischen Kultur und ihren Spuren in Linz verschrieben hat – u.a. in zahllosen Konzerten und musikalischen Arrangements z.B. zum 9. November 1938, teilweise gemeinsam mit dem schon erwähnten Oberrabbiner *Paul Chaim Eisenberg*, Musikrundgängen durch das jüdische und das braune Linz und in seinen autobiografischen Büchern.⁵⁵ Aber bisher sind es noch viel zu wenige LinzerInnen, die sich in dieser Weise engagieren.

Das politische Bekenntnis zur Friedensstadt und die berichteten Aktivitäten, so lässt sich bilanzierend feststellen, haben bisher nicht dazu geführt, dass die BewohnerInnen der Stadt mehrheitlich ein nachhaltiges, von Generation zu Generation weiterwachsendes Bewusstsein davon haben, in einer Friedensstadt zu leben und dass dieses Privileg zugleich eine besondere Verpflichtung bedeutet.⁵⁶ Ohne das Engagement der Linzer Bürgerinnen und Bürger und ihrer NGO's ist es kaum möglich, das Konzept „Friedensstadt Linz“ dauerhaft mit Leben zu erfüllen. Eine Stadt kann nur so weit zum Frieden beitragen, wie ihre Bürgerinnen und Bürger es wollen.

Es bleibt also noch viel – vielleicht das Wichtigste – zu tun.

⁵⁵Herwig Strobl, *Auf dem Weg. Musikantische Reminiszenzen*, Grünbach: Steinmaß 2001; ders., „Linz und zurück“ 15 wanderbare Wege, Linz: Trauner Verlag 2004; ders., *Linz Grotesk. 49+2 LinzerInnen erzählen ihre Geschichten*, Linz: Denkmayr-Verlag 2008.

⁵⁶Wie seit der Jahrhundertwende und insbesondere seit dem Jubiläumsjahr 2006 versucht wird, das Bewusstsein in der Linzer Bevölkerung zu stärken, in einer Friedensstadt zu leben und ein inhaltliches Profil der Friedensstadt zu entwickeln, darüber berichtet Gerda Forstner im anschließenden Beitrag.